

Wegener, Bastian

Von:

Gesendet:

An:

Montag, 21. Oktober 2024 14:58

Bürgermeister;

Betreff:

Anlagen:

Juden als Kötterrasse - Abbildung einer Laatzener Bürgerin als jüdische Hure
24-09-01-Presseerklärung+Anl..pdf; 18-10-24-von Kartmann-Präs.
+Anl.Landtag.pdf; 18-05-28-an MP Bouffier+Anl..pdf

!ACHTUNG! EVTL. GEFÄHRLICHE ANHÄNGE / LINKS ENTHALTEN!

Beachten Sie unbedingt die E-Mail Sicherheitshinweise!

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende Otte,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Eggert,
sehr geehrte Mitglieder des
Rates der Stadt Laatzten,

erneut haben Sie es am 26.9.2024 abgelehnt, den
Ermordungsaufwurf "Juden als Kötterrasse" zu verurteilen.

Diese Ablehnung verhindert eine Rückkehr der
Schoaüberlebenden und Angehörigen der Ermordeten der Schoa,
die in den letzten zehn Jahren Laatzten wegen der
zahlreichen Judenhassangriffe Laatzten verlassen haben.

Einige dieser Judenhassangriffe sind Ihnen durch die
Presseerklärung vom 1.9.2024 nochmals benannt gemacht worden.

Zu dieser Herabwürdigung als

zu vernichtende jüdische Köter gehören
auch die meine jüdische Familie
betreffenden Hassangriffe durch Schmähbriefe.

Sie enthalten u.a. eine

Darstellung von mir als jüdische Hure.

Die nähere Beschreibung der bildlichen Darstellung möge bitte
Frau Ratsvorsitzende Otte und Herr Bürgermeister Eggert vornehmen.

Beide Personen sind zu dieser bildlichen Darstellung
"jüdische Hure" schon vor Monaten um eine Stellungnahme gebeten
worden.

Beiden Personen liegt eine Kopie der
bildlichen Darstellung "jüdische Hure" schon seit Monaten vor.

Beide Personen haben
dazu bis heute geschwiegen.

In Form einer Petition gem. Art. 17 GG werden Sie, sehr
geehrte Frau Ratsvorsitzende Otte, sehr geehrter Herr Bürgermeister
Eggert

und sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Laatzen
aufgefordert, die Darstellung meiner Person als jüdische Hure zu
verurteilen.

Der Ermordungsaufwurf "Juden als Köterrassen" ist die
ideologische Grundlage der Vernichtung von sechs Millionen Juden
gewesen.

Julius Streicher ist für diesen Hetzaufwurf am
1.10.1946 vom Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg
zum Tode verurteilt
und hingerichtet worden.

In Form einer Petition gem. Art. 17 GG werden Sie, sehr geehrte
Frau Ratsvorsitzende Otte, sehr geehrter Herr Bürgermeister Eggert
und sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Laatzen
aufgefordert, die Ermordungsaussage "Juden als Köterrassen" zu
verurteilen.

Die Parlamente und Ministerpräsidenten der

Bundesländer haben diesen Mordaufruf verurteilt.

Grüßen,
Gottschalk

Mit freundlichen
Bernadette



Virenfrei. [Protected link](#)

Bernadette und Joachim Gottschalk

30880 Laatzen

Mail: [REDACTED]

Presseerklärung

vom 1. September 2024

zum Interviewgespräch

'Auf ein Wort'

mit Herrn Bürgermeister Kai Eggert

in Victor's Residenz Margarethenhof Laatzen

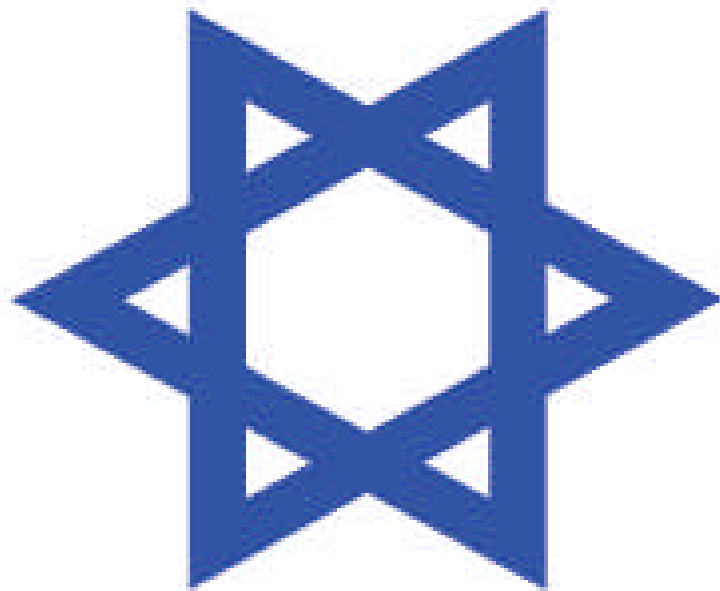
unter der Leitung von Herrn Direktor Adrian Marius Grandt

Bei diesem Interviewgespräch hatten die Angehörigen der Ermordeten der Schoa die Erwartung, dass Herr Bürgermeister Eggert eine Stellungnahme zu den häufigen antisemitischen Herabwürdigungen in Laatzen vornehmen würde.

Die Dringlichkeit einer derartigen Stellungnahme hatten die von diesen Herabwürdigungen betroffenen Personen durch eine angezeigte Versammlung mit Polizeipräsenz vor Victor's Residenz Margarethenhof verdeutlicht.



Den ankommenden Besuchern wurde die nachfolgende Informationsschrift angeboten.



‘Auf ein Wort‘ in Victor’s Residenz Margaretenhof am 28. August 2024

Gastredner: **Herr Bürgermeister Kai Eggert**

In Laatzten erfolgen permanent antijüdische Herabwürdigungen.

Die Stadt Laatzten schweigt dazu.

Viele jüdische Personen haben deshalb Laatzten verlassen.

Angehörige der Ermordeten der Schoa erwarten von Herrn Bürgermeister Eggert

klare Aussagen zu den seit über 10 Jahren an sie erfolgten
antijüdischen Herabwürdigungen und Judenhassangriffen.

Zu benennen sind:

- Besudelung der Giebelwand des eigenen Wohnhauses mit schwarzer Farbe,
- Besudelung und Teilzerstörung des Hauseinganges zum eigenen Wohnhaus,
- nächtliches Verkleben der Haustürnummer von Mitgliedern der Partei „Die Rechte“ aus Braunschweig,
- jüdische Petitionsschreiben an die Stadt Laatzten werden nicht angenommen, indem sie auf der Hauseingangstreppe abgelegt werden,
- öffentliche Herabwürdigung des Gedenkens an die Toten der Schoa vor einem Kirchengebäude,
- Gedenksteine jüdischer Ermordeter werden symbolisch in Form eines Eselsbegräbnisses im Ehrenmal Alte Rathausstraße unter den Jahresangaben 1939 – 1945 abgelegt,
- Schmähbriefe mit dem Inhalt:
 - die ‘langen Nasen‘ nicht in fremde Angelegenheiten zu stecken,
 - Photocollagen mit der Abbildung als kopulierendes Paar und weitere Briefe mit individuell ausgerichteten pornographischen Abbildungen,
- öffentliche Erklärungen, gerichtet an eine Jüdin in Laatzten:
 - Juden als Köterasse - noch immer fließt Blut von ihren Händen,
 - Kein anderes Volk hat weltweit Menschen derart verachtet, massakriert und erniedrigt gerichtet,
 - Ist die Formulierung falsch, wenn man sagt, diese Köter haben uns den Krieg erklärt?
- Zuruf „Judenpresse, Judenpack; Feuer und Benzin für euch“ an jüdische Personen.

Herr Bürgermeister Eggert hat hierzu keine Aussagen getroffen, obwohl er gefragt wurde, welche Werte und Prinzipien ihn als Person und als Bürgermeister leiten würden.

Es hätte für Herrn Bürgermeister Eggert nahegelegen, den Geist der Rede seines Vorgängers, Herrn Bürgermeister Jürgen Köhne vom 21.8.2018 zur Wegnahme jüdischer Gedenksteine aus dem Stadtpark Laatzen aufzugreifen. Es war eine Rede in der Tradition der geistigen Grundhaltung von Bundespräsident Theodor Heuss stehend, die dieser in seiner Rede vom 30.11.1952 in Bergen-Belsen verdeutlicht hatte.

Am 4. September 2024 wird in der Veranstaltungsreihe 'Auf ein Wort' ein Interviewgespräch mit Herrn Bürgermeister Jürgen Köhne stattfinden.

Auch dieser Veranstaltung ist eine Teilnahme von zahlreichen Besuchern zu wünschen.

Anlagen:

Rede von Herrn Bürgermeister Jürgen Köhne vom 21.8.2018

Rede von Herrn Bundespräsident Theodor Heuss vom 30.11.1952

Rede von
Bürgermeister Jürgen Köhne
am 21.08.2018
anlässlich der Namenssteinverlegung
im Park in Alt-Laatzen

Presseexemplar

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

willkommen im städtischen Park von Alt Laatzten. Ich finde es schön, dass Sie mich bei der heutigen Veranstaltung begleiten und begrüße Sie alle ganz herzlich.

Vor fast 2 Jahren, am Volkstrauertag 2016, habe ich mit vielen von Ihnen schon einmal hier gestanden. Wie an diesem Gedenktag üblich, haben wir der Opfer von Gewaltherrschaft und Krieg gedacht. Dabei haben wir einen neuen Weg beschritten. Wir sind seinerzeit, nach dem Ablegen eines Kranzes am Ehrenmal, hierher an die Rückseite des Ehrenmals gegangen und haben in einer Feierstunde auf unterschiedliche Weise an die zahl- und sinnlosen Opfer erinnert. Mit dieser Feierstunde haben wir den Wandel vom alten, in Teilen umstrittenen und erläuterungsbedürftigen Ehrenmal hin zu einem neuen Ort des Gedenkens vollzogen und damit einen Schritt von tradiertem Gedenken hin zu einer neuen Form der Gedenkkultur vollzogen.

Eine besondere Rolle dabei spielten die Schülerinnen und Schüler des von Wilhelm Paetzmann an der AES geleiteten Seminafachs „Erinnern statt vergessen“. Ich freue mich daher besonders, dass heute eine so große Zahl von Schülerinnen und Schülern anwesend ist. Sie sind die wichtigste Zielgruppe von Gedenkveranstaltungen. Sie sollen in einer Zeit, in der die Generation, die das Geschehen im sog. Dritten Reich persönlich erlebte, nach und nach von uns geht, die Botschaften aufnehmen und auch künftig weitertragen, damit die Menschen auch in Zukunft erfahren, wohin ungezügelter Machtstreben, Rassismus und Antisemitismus führen können.

Am Volkstrauertag 2016 haben Sie gemeinsam mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern insgesamt 19 Erinnerungssteine mit Namen von Opfern unterschiedlichster Geschehnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit bis in unsere Tage niederlegt. Im Nachhinein habe ich viele positive Rückmeldungen zu dieser Veranstaltung erhalten. Sie wurde als sehr gelungen und würdevoll bezeichnet.

Dieser positive Eindruck trat nur wenige Tage später leider in den Hintergrund. Aus dem Ensemble der Steine wurden zwei entfernt und offenbar gezielt auf dem Ehrenmal abgelegt. Beide Steine trugen die Namen von jüdischen Bürgern darunter befand sich auch der Name von Klara Fränkel, einer Tante von Bernadette Gottschalk. Ermittlungen der Polizei zum Hintergrund oder möglichen Tätern blieben meines Wissens ergebnislos. Angesichts der uns allen weitgehend bekannten Vorgeschichte ging ich persönlich lange Zeit davon aus, es han-

delte sich um einen gezielten Akt gegen den Laatzener Bürger Joachim Gottschalk und seiner Frau, deren Agieren im Zusammenhang mit dem Alt-Laatzener Ehrenmal in den vergangenen Jahren bei vielen Menschen Ärger und Unverständnis ausgelöst hatten. Erst vor wenigen Wochen wurden die tatsächlichen Zusammenhänge von vor 2 Jahren öffentlich. Eine Frau bekannte sich dazu, dass es sich um eine gezielte antisemitische Tat handelt, die sie begangen hat. Sie wurde deswegen von einem Gericht an ihrem Wohnort in Hessen verurteilt.

Meine Damen und Herren, im Lichte dieser Erkenntnis möchte ich die heutige Veranstaltung als Gelegenheit nutzen, mein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass ich in der Beurteilung des Sachverhaltes einer Fehleinschätzung erlegen bin. Ich entschuldige mich dafür bei den Menschen, die von der Tat betroffen waren oder sich davon betroffen gefühlt haben. Denn in Kenntnis des tatsächlichen Hintergrundes wäre es für mich selbstverständlich gewesen, meine Meinung über diesen Anschlag zum Ausdruck zu bringen. Ganz offensichtlich war es eine Tat mit antisemitischem Hintergrund. In zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen haben sowohl die Menschen in dieser Stadt als auch ich zum Ausdruck gebracht, dass derartige Handlungen unabhängig ob mit antisemitischem, rassistischem oder sonstigem menschenverachtenden Hintergrund in Laatzten nichts zu suchen haben und auch nicht tolerabel sind. Darin schließe ich diese Tat ausdrücklich ein und verurteile sie als kriminellen Akt.

Gleichzeitig möchte ich aber auch kommunikative Defizite im Umgang mit diesem und anderen Geschehnissen deutlich machen. Bis vor wenigen Wochen waren weder mir, noch den ebenfalls verschiedentlich kritisierten Mitgliedern der Laatzener Politik oder den Menschen in Laatzten die Hintergründe bekannt. Im Wissen um die wahren Vorgänge hätte anders agiert und manches Missverständnis vermieden werden können. Mein Ziel dabei ist es weiterhin, den Gesamtprozess der Gedenkkultur voranzubringen und aufzuwendende Energie und Zeit in positive, zukunftsorientierte Aktivitäten zu lenken.

Zurück zur heutigen Veranstaltung. Schon vor geraumer Zeit hatte sich die AG, die sich mit der Gestaltung des Umfeldes des Ehrenmals beschäftigt hat, dafür ausgesprochen, dass die Gedenksteine auch künftig als Bestandteil des „neuen Gedenkortes“ erhalten bleiben sollen.

Wir haben uns in dieser sog. AG Kunst, Design, Ambiente über eine mögliche Form der Präsentation Gedanken gemacht. Das Ergebnis sehen Sie hier. Die Steine werden sich künftig zwar in einer Kassette befinden um einer erneuten Wegnahme vorzubeugen – gleichwohl werden Sie in Zukunft aber einerseits an die auf ihnen dokumentierten Opfer unterschiedlicher Geschehnisse und Ereignisse erinnern, andererseits aber mahnen sie auch zu Toleranz gegenüber allen Menschen jedweden Glaubens oder Volkszugehörigkeit.

Gerade hier an diesem Ort, den wir im Rahmen unserer Aktivitäten und Diskussionen stets als Ort des Gedenkens aber auch als Lernort angesehen haben, wäre es ein starkes Zeichen für den Aufbruch in eine neue Zeit, wenn wir auch aus diesen jüngsten Geschehnissen unsere Erkenntnisse ziehen und sie zum Wohle der Menschlichkeit einsetzen würden. Das boshafte Umlegen der Namenssteine zeigt, dass wir auf dem eingeschlagenen Weg weitermachen müssen.

Ich werde mich auch in Zukunft für das friedliche Miteinander in unserer Stadt einsetzen und intensiv dafür werben, dass auch andere dies offen und nachdrücklich tun.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben!

Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme und Unterstützung!

Das Mahnmal

Von Theodor Heuss
Quelle: (c) DIE ZEIT

Rede vom 30.11.1952 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit, zumal auf einem Boden, der von den Exzessen menschlicher Feigheit gedüngt und verwüstet wurde. Denn die bare Gewalttätigkeit, die sich mit Karabiner, Pistole und Rute verziert, ist in einem letzten Winkel immer feige, wenn sie, gut gesättigt, drohend und mitleidlos, zwischen schutzloser Armut, Krankheit und Hunger herumstolziert.

Wer hier als Deutscher spricht, muß sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen. Wer sie beschönigen oder bagatellisieren wollte oder gar mit der Berufung auf den irregegangenen Gebrauch der sogenannten "Staatsraison" begründen wollte, der würde nur frech sein.

Ich habe das Wort Belsen zum erstenmal im Frühjahr 1945 aus dem britischen Rundfunk gehört, und ich weiß, daß es vielen in diesem Lande ähnlich gegangen ist. Wir wußten - oder doch ich wußte - Dachau, Buchenwald bei Weimar, Oranienburg, Ortsnamen bisher heiterer Erinnerungen, über die jetzt eine schmutzig-braune Farbe geschmiert war. Dort waren Freunde, dort waren Verwandte gewesen, hatten davon erzählt. Dann lernte man frühe das Wort Theresienstadt, das am Anfang sozusagen zur Besichtigung durch Neutrale präpariert war, und Ravensbrück. An einem bösen Tag hörte ich den Namen Mauthausen, wo sie meinen alten Freund Otto Hirsch "liquidiert" hatten, den edlen und bedeutenden Leiter der Reichsvertretung deutscher Juden. Ich hörte das Wort aus dem Munde seiner Gattin, die ich zu stützen und zu beraten suchte. Belsen fehlte in diesem meinem Katalog des Schreckens und der Scham, auch Auschwitz.

Diese Bemerkung soll keine Krücke sein für diejenigen, die gern erzählen: Wir haben von alledem nichts gewußt. Wir haben von den Dingen gewußt. Wir wußten auch aus den Schreiben evangelischer und katholischer Bischöfe, die ihren geheimnisreichen Weg zu den Menschen fanden, von der systematischen Ermordung der Insassen deutscher Heilanstalten. Dieser Staat, dem menschliches Gefühl eine lächerliche und kostenverursachende Sentimentalität hieß, wollte auch hier tabula rasa - "reinen Tisch" - machen, und der reine Tisch trug Blutflecken, Aschenreste - was kümmerte das? Unsere Phantasie, die aus der bürgerlichen und christlichen Tradition sich nährte, umfaßte nicht die Quantität dieser kalten und leidvollen Vernichtung.

Dieses Belsen und dieses Mal sind stellvertretend für ein Geschichtsschicksal. Es gilt den Söhnen und Töchtern fremder Nationen, es gilt den deutschen und ausländischen Juden, es gilt auch dem deutschen Volke und nicht bloß den Deutschen, die auch in diesem Boden verscharrt wurden. Ich weiß, manche meinen: War dieses Mal notwendig? Wäre es nicht besser

gewesen, wenn Ackerfurchen hier liefen, und die Gnade der sich ewig verjüngenden Fruchtbarkeit der Erde verzeihe das Geschehene ? Nach Jahrhunderten mag sich eine vage Legende vom unheimlichen Geschehen an diesen Ort heften. Gut, darüber mag man meditieren; und Argumente fehlen nicht, Argumente der Sorge, daß dieser Obelisk ein Stachel sein könne, der Wunden, die der Zeiten Lauf heilen solle, das Ziel der Genesung zu erreichen nicht gestatte.

Wir wollen davon in allem Freimut sprechen. Die Völker, die hier die Glieder ihres Volkes in Massengräbern wissen, gedenken ihrer, zumal die durch Hitler zu einem volkhaften Eigenbewußtsein schier gezwungenen Juden. Sie werden nie, sie können nie vergessen, was ihnen angetan wurde; die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah.

Nun höre ich den Einwand: Und die anderen? Weißt du nichts von den Internierungslagern 1945/46 und ihren Rohheiten, ihrem Unrecht? Weißt du nichts von den Opfern in fremdem Gewahrsam, von dem Leid der formalistischgrausamen Justiz, der heute noch deutsche Menschen unterworfen sind? Weißt du nichts von dem Fortbestehen der Lagermißhandlung, des Lagersterbens in der Sowjetzone, Waldheim, Torgau, Bautzen ? Nur die Embleme haben sich dort gewandelt.

Ich weiß davon und habe nie gezögert, davon zu sprechen. Aber Unrecht und Brutalität der anderen zu nennen, um sich darauf zu berufen, ist das Verfahren der moralisch Anspruchslosen, die es in allen Völkern gibt, bei den Amerikanern so gut wie bei den Deutschen oder den Franzosen und so fort. Es ist kein Volk besser als das andere, es gibt in jedem solche und solche. Amerika ist nicht "God's own country", und der harmlose Emanuel Geibel hat einigen subalternen Unfug verursacht mit dem Wort, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen werde.

Und waren die Juden das "auserwählte Volk", wenn sie nicht gerade auch zu Leid und Qual auserwählt waren? Mir scheint, der Tugendtarif, mit dem die Völker sich selber ausstaffieren, ist eine verderbliche, armselige Angelegenheit. Er gefährdet das klare, anständige Vaterlandsgefühl, das jeden, der bewußt in seiner Geschichte steht, tragen wird, das dem, der die großen Dinge sieht, Stolz und Sicherheit geben mag, ihn darum aber nicht in die Dumpfheit einer pharisäerhaften Selbstgewißheit verführen darf. Gewalttätigkeit und Unrecht sind keine Dinge, die man für eine wechselseitige Kompensation gebrauchen soll und darf. Denn sie tragen die böse Gefahr in sich, im seelischen Bewußtsein sich zu steigern; ihr Gewicht wird zur schlimmsten Last im Einzelschicksal, ärger noch im Volks- und Völkerschicksal. Alle Völker haben ihre Rachebarden, oder, wenn diese ermüdet sind, ihre Zweckpublizisten in Reserve.

Es liegen hier die Angehörigen mancher Völker. Die Inschriften sind vielsprachig, sie sind ein Dokument der tragischen Verzerrung des europäischen Schicksals. Es liegen hier auch viele deutsche Opfer des Terrors und wie viele am Rande anderer Lager? In Belsen sollten gerade die Juden, die noch irgendwo greifbar waren, vollends verhungern oder Opfer der Seuchen werden. Sicher ist das, was zwischen 1933 und 1945 geschah, das Furchtbarste, was die Juden der Geschichte gewordenen Diaspora erfuhren. Dabei war etwas Neues geschehen.

Judenverfolgungen kennt die Vergangenheit in mancherlei Art. Sie waren ehemals teils Kinder des religiösen Fanatismus, teils sozialökonomische Konkurrenzgefühle. Von religiösem Fanatismus konnte nach 1933 nicht die Rede sein. Denn den Verächtern der Heiligen Schriften des Alten und des Neuen Bundes, den Feinden aller religiösen Bindungen war jedes metaphysische Problem denkbar fremd. Und das Sozialökonomische reicht nicht aus, wenn es nicht bloß an Raubmord denkt. Aber das war es nicht allein. Im Grunde drehte es sich um etwas anderes. Der Durchbruch des biologischen Naturalismus der Halbbildung führte zur Pedanterie des Mordens als schier automatischer Vorgang, ohne das bescheidene Bedürfnis nach einem bescheidenen quasi moralischen Maß. Dies gerade ist die tiefste Verderbnis dieser Zeit. Und dies ist unsere Scham, daß sich solches im Raum der Volksgeschichte vollzog, aus der Lessing und Kant, Goethe und Schiller in das Weltbewußtsein traten. Diese Scham nimmt uns niemand, niemand ab.

Albert Schweitzer hat seine kulturethische Lehre unter die Formel gestellt: "Ehrfurcht vor dem Leben". Sie ist wohl richtig, so grausam paradox die Erinnerung an dieses Wort an einem Orte klingen mag, wo es zehntausendfach verhöhnt wurde. Aber bedarf sie nicht einer Ergänzung: "Ehrfurcht vor dem Tod"?

Im ersten Weltkrieg sind zwölftausend junge Menschen jüdischen Glaubens für die Sache ihres deutschen Vaterlandes gefallen. Im Ehrenmal meiner Heimatstadt waren auch sie in ehernen Lettern mit den Namen aller anderen Gefallenen eingetragen, Kamerad neben Kamerad. Der nationalsozialistische Kreisleiter ließ die Namen der jüdischen Toten herauskratzen und den Raum der Lücken mit irgendwelchen Schlachtnamen ausfüllen. Ich spreche davon nicht, weil Jugendfreunde von mir dabei ausgewischt wurden. Das war mein schlimmstes Erkennen und Erschrecken, daß die Ehrfurcht vor dem Tode, dem einfachen Kriegstode, untergegangen war, während man schon an neue Kriege dachte.

Das Sterben im Kriege, am Kriege hat bald die furchtbarsten Formen gewählt. Auch hier in Belsen hat der Krieg dann, mit Hunger und Seuchen als kostenlosen Gehilfen zur Seite, gewütet. Ein zynischer Bursche, ein wüster Gesell mochte sagen: In der Hauptsache waren es ja bloß Juden, Polen, Russen, Franzosen, Belgier, Norweger, Griechen und so fort. Bloß ? Es waren Menschen wie du und ich, sie hatten ihre Eltern, ihre Kinder, ihre Männer, ihre Frauen! Die Bilder der Überlebenden sind die schreckhaftesten Dokumente.

Der Krieg war für dieses Stück Land im April 1945 vorbei. Aber es wurde als Folge von Hunger und Seuchen weitergestorben. Britische Ärzte haben dabei ihr Leben verloren. Doch ich bin in den letzten Tagen von hervorragender jüdischer Seite gebeten worden, gerade in dieser Stunde auch ein Wort von diesem Nachher zu sagen, von der Rettungsleistung an den zum Sterben bestimmten Menschen, die durch deutsche Ärzte, durch deutsche Pfleger und Schwestern im Frühjahr und Frühsommer 1945 vollbracht wurden. Ich wußte von diesen Dingen nichts. Aber ich ließ mir erzählen, wie damals vor solchem Elend Hilfswille bis zur Selbstaufopferung wuchs, ärztliches Pflichtgefühl, Scham, vor solcher Aufgabe nicht zu versagen, christliche, schwesterliche Hingabe an den Gefährdeten, der eben immer "der Nächste" ist. Ich bin dankbar dafür, daß mir dies gesagt und diese Bitte ausgesprochen wurde. Denn es liegt in dieser Bewährung des unmittelbar Rechten und Guten doch ein Trost.

Rousseau beginnt eines seiner Bücher mit der apodiktischen Erklärung: " Der Mensch ist gut". Ach, wir haben gelernt, daß die Welt komplizierter ist als die Thesen moralisierender Literaten. Aber wir wissen auch dies: Der Mensch, die Menschheit ist eine abstrakte Annahme, eine statistische Feststellung, oft nur eine unverbindliche Phrase; aber die Menschlichkeit ist ein individuelles Sich-Verhalten, ein ganz einfaches Sich-Bewähren gegenüber dem anderen, welcher Religion, welcher Rasse, welchen Standes, welchen Berufes er auch sei. Das mag ein Trost sein.

Da steht der Obelisk, da steht die Wand mit den vielsprachigen Inschriften. Sie sind Stein, kalter Stein. Saxa loquuntur, Steine können sprechen. Es kommt auf den einzelnen, es kommt auf dich an, daß du ihre Sprache, daß du diese ihre besondere Sprache verstehst, um deinetwillen, um unser aller willen!

Bernadette Gottschalk

30880 Laatzen

E-Mail: [REDACTED]

Per E-Mail: Karin.Gaetcke@stk.hessen.de
poststelle@stk.hessen.de

Herrn
Ministerpräsident
Volker Bouffier
Georg-August-Zinn-Straße 1
65183 Wiesbaden

Montag, 28. 05.2018

Antisemitismus

Juden als eine Kötterasse

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,

am 08.06.2018 wird beim Amtsgericht Hanau aufgrund meiner Klage gegen die Beklagte, Frau E. - Az.: 31 C 35/18 (11) – bewertet, ob die Aussage der Beklagten

„...erkläre ich Juden als eine Kötterasse“,
„Noch immer fließt Blut von ihren Händen“,
„Kein anderes Volk hat weltweit Menschen derart verachtet, massakriert und erniedrigt“

eine herabwürdigende antisemitische Handlung darstellt.

Herr Bundespräsident Steinmeier hat zu meiner Anfrage vom 24.05.2018 hierzu am 25.05.218 durch Frau Referatsleiterin Narbutovic (Ref 15) schriftlich eine klare Antwort gegeben.

Das Bundeskanzleramt (Herr Dr. Teuwsen) hat hierzu am 09.04.2018 mitgeteilt:

...verurteilt die gesamte Bundesregierung und jedes einzelne ihrer Mitglieder antisemitische Äußerungen und Gewaltausbrüche aufs Schärfste. Sie sind ein Angriff auf die Würde des Menschen und der Versuch, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu erschüttern.

Aufgrund der von Jüdinnen des Aus- und Inlandes, auch meiner Person, bewirkten Petitionsantwort des Deutschen Bundestages vom 26.02.2015:

Anti-Semitism is a problem which concerns us all. Policy-makers have a duty to promote resolute action against all forms of anti-Semitism. Local authorities, the Länder and the Federation all have a responsibility in this context.“

meint meine Familie, so auch insbesondere die Petentin Mrs. Frankl, Shoahüberlebende aus London als auch Herr Dr. Imre Lebovits, Shoahüberlebender aus Budapest, Nebenkläger in den Auschwitzprozessen zu Lüneburg 2015 und Detmold 2017, am 25.05.2018 empfangen von Frau Staatssekretärin Münterfering und Referent am 26.05.2018 anlässlich des 60. Jahrestages von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., dass die zuständige Landesregierung hierzu eine öffentliche Erklärung abgeben sollte.

Bitte antworten Sie mir, ob Sie meiner Bitte entsprechen können.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gottschalk', with a stylized, cursive script.

Gottschalk

Anlage: vollständiger Text der Petitionsantwort des Deutschen Bundestages vom 26.02.2015



German Bundestag
Petitions Committee
The Chairwoman

Ms Bernadette Gottschalk
[REDACTED]

30880 Laatzen

27 February 2015
Re: Your petition of 25 March 2014;
Pet 2-18-02-1101-006107
Enclosures: 1

Kersten Steinke,
Member of the Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227-35257
Fax: +49 30 227-36027
vorzimmer.peta@bundestag.de

Dear Ms Gottschalk,

The German Bundestag has considered your petition, submitted on behalf of Mrs Hedi Frankl, and decided on 26 February 2015:

1. *To forward the petition to the Land Parliament of Lower Saxony;*
2. *to conclude the petition proceedings in this case.*

In doing so, it has followed the Petitions Committee's recommendation for a decision (Bundestag printed paper 18/3929); the statement of reasons from the Committee's recommendation is enclosed.

The German Bundestag's decision marks the end of the petition proceedings.

Yours sincerely,

Sgd. Kersten Steinke

Pet 2-18-02-1101-006107

United Kingdom

German Bundestag

Recommendation for a decision

1. To forward the petition to the *Land* Parliament of Lower Saxony;
2. to conclude the petition proceedings in this case.

Statement of reasons

The petition requests that the President of the Bundestag and the Members of the German Bundestag condemn in the strongest terms the remarks made by the chairman of Laatzen town council, as well as the commemorations by neo-Nazis in front of National Socialist monuments under the leadership of the mayor of Laatzen.

The petitioner states in her submission that on 17 November 2013 her family showed a banner with the words of the prayer "El male rachamim" (God full of compassion) in remembrance of the Holocaust. The chairman of Laatzen town council reportedly reacted by describing her family and the banner as "*erbärmlich*" ("pathetic"). The petitioner writes that this was not only an insult to her family, but also an insult to the Jewish people. Her family had previously been threatened and their house defaced with black paint.

The petitioner goes on to say that she herself is a Holocaust survivor and is unable to visit her family in Germany due to her now reawakened trauma. She calls for the President and Members of the German Bundestag to condemn in the strongest terms the remarks made by the chairman of Laatzen town council, as well as the commemorations by neo-Nazis in front of National Socialist monuments under the leadership of the mayor of Laatzen.

The petitioner also criticises the Federal Government and the government of Lower Saxony for rejecting their competence regarding this matter. In addition, she states that the mayor of Laatzen has not answered her family's petitions for two years. In her view, it would be entirely possible to establish an institution in Germany with a similar function to the Holocaust Commission founded in the UK. Additionally, she notes that the petition is submitted also in the name of her daughter, who lives in Laatzen.

Regarding the details of the matter, please see the documents submitted with the petition.

The Petitions Committee has examined the matter presented to it, taking into account the relevant context. The outcome of the parliamentary examination can be summarised as follows:

The Petitions Committee finds that the petition's ultimate aim is for the German Bundestag to adopt a political resolution calling on all local authorities in Germany (including all municipal, town, city and county councils) to engage in a process of reflection in which they review, using political and ethical criteria, the message conveyed by the current

Pet 2-18-02-1101-006107 (cont'd)

commemoration of the Day of National Mourning and the acts of remembrance held at war memorials, monuments and memorials.

The Petitions Committee also underlines that the monument in Laatzen referred to by the petitioner and the commemorations held there fall within the responsibility of the local authority. A petition concerning the local bodies responsible in Laatzen would be a matter for the Petitions Committee of the *Land* Parliament of Lower Saxony.

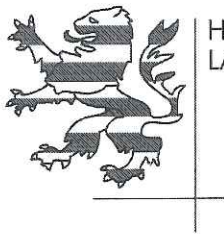
Regardless of this, the Committee underlines that the unacceptability of anti-Semitism in our free, democratic society is completely beyond question. Anti-Semitism is a problem which concerns us all. Policy-makers have a duty to promote resolute action against all forms of anti-Semitism.

Local authorities, the *Länder* and the Federation all have a responsibility in this context. Past measures taken to fulfil this responsibility have included the establishment of an expert body made up of academics and practitioners to produce a report on anti-Semitism in Germany and make recommendations on drawing up and further developing programmes to combat anti-Semitism.

The report of this expert body was completed in the autumn of 2011. The result of two years of work, this lengthy and exhaustive report is contained in Bundestag printed paper 17/7700. A copy of the report has been made available to the petitioner.

With regard to the petitioner's request for the German Bundestag to state its position, the Committee calls attention to the cross-party motion in printed paper 17/13885, which sets out a comprehensive position on the subject of the petition. Additionally, the Petitions Committee calls attention to the consideration of this motion in the German Bundestag (record of plenary proceedings 17/197, p. 23731 et seq.).

On the basis of the points set out above, the Petitions Committee decides to recommend that the petition be forwarded to the *Land* Parliament of Lower Saxony, insofar as it refers to events connected with the commemoration in the town of Laatzen, and that the petition proceedings be concluded in this case.



HESSISCHER LANDTAG POSTFACH 3240 65022 WIESBADEN

Aktenzeichen: I B 1 5049/19

Frau
Bernadette Gottschalk
[REDACTED]
30880 Laatzen

24 . Oktober 2018

Ihr Schreiben vom 7. September 2018

Sehr geehrte Frau Gottschalk,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 7. September 2018. Ich habe Ihr Schreiben sehr sorgfältig gelesen und bedanke mich insbesondere auch für die von Ihnen beigefügten Anlagen.

Der von Ihnen geschilderte Fall macht mich tief betroffen. Die menschenunwürdigen Diffamierungen, die letztendlich auch zu einer Schmerzensgeldzahlung durch Urteil des Amtsgerichts Hanau führten, stellen offenen Antisemitismus dar und sind schwer auszuhalten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich den Ausführungen des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (Ihr beigefügtes Schreiben vom 26. Juni 2018) inhaltlich vollumfänglich anzuschließen. Wie Sie dort lesen konnten, unternimmt die Landesregierung zahlreiche und umfangreiche Anstrengungen gegen Antisemitismus in jeder Form.

Es ist darüber hinaus auch eine klare Aufgabe der Politik – und damit eine Aufgabe des Hessischen Landtags –, sich klar gegen Antisemitismus zu stellen. In der Arbeit des Hessischen Landtags wird das Thema daher auch immer wieder aufgegriffen, zuletzt u. a. im Rahmen einer Aktuellen Stunde in der Sitzung des Hessischen Landtags vom 26. April 2018.

Den Antrag der Fraktion der CDU sowie das Protokoll der Plenarsitzung habe ich zu Ihrer Kenntnis beigelegt. Sie können dem Protokoll entnehmen, dass fraktionsübergreifend Einigkeit darüber besteht, dass man entschieden gegen Antisemitismus auftritt und diesem Thema eine sehr hohe politische Priorität einräumt.

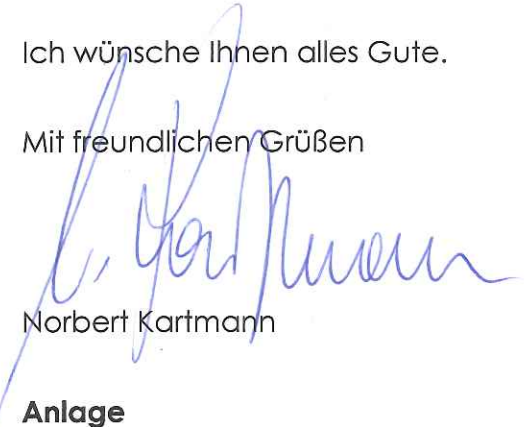
Ihr geschilderter Fall zeigt auch, wie wichtig es ist, sich gegen antisemitische Äußerungen konsequent zu wehren und diese auch mit den Mitteln des Rechtsstaats verfolgen zu lassen. Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass es den Opfern von Antisemitismus dabei nicht um eine monetäre Entschädigung geht, sondern vor allem um die gesellschaftliche und rechtsstaatliche Verurteilung der Äußerungen. In diesem Kontext verstehe ich auch Ihr Schreiben vom 7. September 2018.

Lassen Sie mich noch einmal betonen: Hessen ist ein weltoffenes Bundesland. Es ist der politische Auftrag, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft jedweder Form von Antisemitismus entgegenzutreten. Die Verachtung von Antisemitismus sowie dessen Bekämpfung werden durch zahlreiche politische Initiativen des Hessischen Landtags dokumentiert. Die klare Positionierung des Hessischen Landtags wird dadurch deutlich. Sie können gewiss sein, dass der Hessische Landtag auch künftig entschieden gegen Antisemitismus eintritt.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal für Ihr Schreiben bedanken. Ihr unermüdlicher Einsatz gegen Antisemitismus verdient Anerkennung und Unterstützung.

Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Kartmann

Anlage



HESSISCHER LANDTAG

23. 04. 2018

Plenum

**Antrag
der Fraktion der CDU
betreffend eine Aktuelle Stunde**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Hessen tritt Antisemitismus entschieden entgegen!

Wiesbaden, 23. April 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

bremse ist weiterhin gültig, Drucks. 19/6333. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 98 und kann, wenn keiner widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 72 aufgerufen werden. – Das ist der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 88 auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessen tritt Antisemitismus entschieden entgegen) – Drucks. 19/6319 –

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, Michael Boddenberg. Bitte sehr.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wiedererrichtung jüdischer Gemeinden in Deutschland nach 1945 ist ein historischer und keinesfalls selbstverständlicher Glücksfall für unser Land. Die hohe Zahl der seitdem in unserem Land gebauten jüdischen Synagogen, Kindergärten, Schulen, Museen und Kultureinrichtungen zeugt heute von einem sehr lebendigen und vielfältigen jüdischen Leben in Deutschland. Die jüdische Gemeinde in Hessen zählt zu den mitgliederstärksten und aktivsten in ganz Deutschland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist, wie ich finde, ein großes Glück für uns und für unser Land.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und der FDP)

Auf der anderen Seite müssen wir jedoch feststellen, dass so gut wie keine dieser Einrichtungen – das kann man sich beispielsweise in Frankfurt am Main, aber auch in vielen anderen Kommunen anschauen – ohne Sicherheitsmaßnahmen, ohne Polizeischutz auskommt. Ich finde, dieser Entwicklung schauen wir schon viel zu lange zu.

Dass wir in diesen Tagen über all diese Dinge im Zusammenhang mit antisemitischen Übergriffen reden, ist längst überfällig. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 1.453 antisemitische Straftaten verzeichnet. Jede einzelne dieser Straftaten ist entsetzlich und muss einen Aufschrei unserer gesamten Gesellschaft hervorrufen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

In den sozialen Netzwerken kursieren antisemitische Stereotype, Verschwörungstheorien, Verleumdungen und Hasskommentare – bis hin zu offenen Aufrufen zu Gewalt. Immer deutlicher treten neben Rechts- und Linksextremisten auch muslimische Zuwanderer mit antisemitischen Hassbotschaften und Übergriffen in Erscheinung.

Der Antisemitismus hat dabei viele Gestalten. Er reicht vom offenen Rassismus in der geistigen Tradition der Nationalsozialisten bis hin zum Antizionismus. Meine Damen und Herren, ich will sehr deutlich sagen: Wer die grundsätzlich legitime Kritik an Teilen der israelischen Politik mit antisemitischen Ressentiments in Verbindung bringt, der reiht sich in antisemitische Haltungen, Worte und Hasstiraden ein, in das, was wir von Linksextremisten, Rechtsextremisten und Islamisten in diesen Tagen leider und zunehmend zur Kenntnis nehmen müssen.

Gerade junge Menschen müssen deshalb aufgeklärt werden. Ihnen muss ein Wertesystem vermittelt werden, das Orientierung bietet und sie auf die historische Verantwortung aus dem Zivilisationsbruch der Schoah verpflichtet. Die Schulen, aber auch die gesamte Gesellschaft haben junge Menschen zu befähigen, die beispiellosen Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus und die daraus resultierenden Folgen einzuordnen, die unterschiedene Absage an alle Formen von Antisemitismus und Judenfeindlichkeit als selbstverständliche Verpflichtung aufzufassen und die Beziehungen zu unseren jüdischen Mitbürgern nach den Grundsätzen der gegenseitige Achtung und Toleranz zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ganz in diesem Sinne hat an den hessischen Schulen seit vielen Jahren auch die Erinnerungspädagogik einen besonderen Stellenwert. Der Besuch von Konzentrationslagern wird finanziell unterstützt und dringend empfohlen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tatsache, dass der Kultusminister die Schulen aufgefordert hat, antisemitische Vorfälle zu melden, reiht sich ein in eine ganze Reihe von Maßnahmen, die, davon gehe ich fest aus, einen grundsätzlichen Konsens auch hier im Hause finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, während das verschiedene Eintreten gegen den Antisemitismus, das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und die historisch-moralische Verpflichtung aus der Schoah in Deutschland in einem unverrückbaren gesellschaftlichen und politischen Grundkonsens wurzeln, gehören in zahlreichen Staaten des Nahen Ostens und der arabischen Halbinsel Judenfeindlichkeit und Hass auf Israel leider immer noch zum Selbstverständnis einer zum Teil großen Bevölkerungsmehrheit. Dort wird der Hass auf Israel und auf die Juden jungen Menschen häufig schon im Elternhaus, in den Schulen, über die Nachrichtensender oder leider auch durch Hassprediger in den Moscheen vermittelt.

Die Anschauungen dieser jungen Menschen, ihre Sichtweisen und Überzeugungen sind vielfach durch diese jahrelange Indoktrination judenfeindlicher Gesellschaften geprägt. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass der Kultusminister in den Erlass an die hessischen Schulen die Vorgabe aufgenommen hat, dass Äußerungen antisemitischer Art und antisemitisches Verhalten in diesem Zusammenhang gegebenenfalls zu melden sind.

Die neuen Formen des von Flüchtlingen und Zuwanderern importierten Antisemitismus werden sich allerdings nicht nur durch pädagogische Ansätze an den Schulen bekämpfen lassen, sondern sie bedürfen der unnachsichtigen Strenge und konsequenten Härte des Rechtsstaates. Wer jüdisches Leben in Deutschland ablehnt oder das Existenzrecht Israels infrage stellt, liebe Kolleginnen und Kollegen, der hat keinen Platz in unserer Gesellschaft und in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Förderung jüdischen Lebens in Deutschland, das Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel und der entschiedene Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Antisemitismus sind keine Gegenstände politischer Diskussion, sondern unverrückbare Eckpfeiler unserer Werteordnung

in Deutschland. Antisemitismus ist die Gemeinsamkeit aller Extremisten. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist die Gemeinsamkeit aller Demokraten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und der FDP sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Boddenberg. – Das Wort hat der Abg. René Rock, Fraktionsvorsitzender der FDP.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Freien Demokraten in Deutschland lehnen jede Form des Antisemitismus, ob es sich um physische Gewalt oder um Schmähungen handelt, entschieden ab und treten ihnen überall in unserem Land entgegen.

(Beifall bei der FDP)

Umfragen haben ergeben, dass immer noch 20 % unserer Bevölkerung antisemitischen Einstellungen zustimmen. Charlotte Knobloch, ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, hat bereits 2007 erklärt, es scheint, als würden in Deutschland gerade die letzten Tabus fallen. Das, worüber wir heute reden, ist nicht erst zu dem Zeitpunkt entstanden, als die Bilder in Berlin gemacht wurden, die uns alle schockiert haben. 2015 hat der Zentralrat der Juden den Juden in Deutschland empfohlen, in gewissen Regionen unseres Landes die Kippa nicht mehr öffentlich zu tragen. Das war nicht erst gestern, sondern das ist bereits einige Jahre her.

Wie hat die Bundesregierung reagiert? – Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie diesen Auswüchsen entschieden und mit aller Härte des Rechtsstaats entgegentreten wolle. Das war vor drei Jahren. Anscheinend ist das nicht ausreichend gewesen. Das legt zumindest das nahe, was wir jetzt feststellen konnten.

Meine Fraktion hat seit vielen Jahren – das ist eine Tradition – eine Beziehung zum Staat Israel. In jeder Legislaturperiode besuchen wir Israel einmal. 2012 war ich zum ersten Mal mit dabei. Ich habe zum ersten Mal in meinem Leben Yad Vashem, die Holocaustgedenkstätte, besucht. Als Resultat dieses Besuchs hat meine Fraktion eine Kooperation hessischer Schulen mit Yad Vashem angeschoben. Wir sind dankbar, dass der Hessische Kultusminister sie fortgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nicht verstehen kann ich, dass der Erlass im Kultusministerium immer noch in der Erarbeitung ist. Dabei geht es doch darum, die Lehrkräfte für das Thema „Antisemitismus in unseren Schulen“ voranzubringen. Dieser Erlass liegt immer noch nicht vor.

Bei unserem letzten Besuch in Israel hatten wir Kontakt mit jungen Menschen, einem Mann und einer Frau, die hier geboren wurden und hier zur Schule gegangen sind. Besonders erschüttert hat mich der Bericht einer jungen Frau aus Berlin, die gesagt hat, sie sei aus Deutschland ausgewandert, weil sie in Berlin keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen könne, wenn sie den Davidstern trage – an einer kleinen Kette. Sie ist gegangen, damit sie ihren Glauben in Israel frei leben kann.

Das hat uns betroffen gemacht. Wir haben nach der Reise, im Januar 2017, eine Anfrage an die Hessische Landesregierung gestellt. Sie hat ergeben, dass „insgesamt 116 Fälle im Kontext von antisemitisch ... motivierten Ermittlungsverfahren mit Tatörtlichkeit an hessischen Schulen“ – das ist Beamtendeutsch – festgestellt und bekannt geworden seien. Bis Mai 2017 hat die Beantwortung der Anfrage gedauert. Es wurde uns auch mitgeteilt, es gebe in der Bildungsverwaltung kein Register, in das solche Vorfälle aufgenommen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht Handlungsbedarf. Ministerpräsident Bouffier hat sich dafür ausgesprochen, einen Beauftragten zur Bekämpfung des Judenhasses in Hessen zu berufen. Ich nehme an, das wird jetzt passieren. In anderen Bundesländern gibt es einen solchen Beauftragten bereits. In der Bundesregierung wird der Beauftragte im Mai dieses Jahres mit seiner Arbeit beginnen. Die Empfehlung, einen solchen Beauftragten zu berufen, hat der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus 2017 in Berlin ausgesprochen. Er hat noch mehr Empfehlungen ausgesprochen, z. B. die, eine Bund-Länder-Kommission einzurichten, die sich mit diesem Thema beschäftigen soll.

Meine Forderung an die Landesregierung ist – von dem, was der Fraktionsvorsitzende hier vorgetragen hat, glaube ich jedes Wort –: Investieren Sie mehr Energie in das Thema. Seit zehn Jahren liegen Studien über junge muslimische Menschen in unserem Land mit stark antisemitischen Tendenzen vor. Kooperieren Sie mit Institutionen und auch mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. Vernetzen Sie das; bringen Sie das voran. Gehen Sie aus dem Mittelfeld der Aktion an die Spitze, seien Sie Vorbild in unserem Land. Herr Ministerpräsident, das wäre ein Thema für eine Regierungserklärung. Das würde ich mir wünschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Rock. – Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mobbing und Übergriffe an Schulen, verbale und körperliche Angriffe und nicht zuletzt die Echo-Verleihung haben leider abermals gezeigt, dass die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus von höchster Priorität ist.

Das Bundesinnenministerium spricht von 1.421 antisemitischen Straftaten allein im Jahr 2017: 1.377 rechtsextreme Täter, 33 Ausländer, 25 religiös motivierte Täter und 17 Täter, die nicht zugeordnet werden können. Die Dunkelziffer dürfte bei antisemitischen Straftaten deutlich höher sein. Die Kritik an der Art und Weise der Statistikführung wird in diesen Tagen immer lauter. Deswegen will ich, auch mit Blick auf die Verteilung, in aller Klarheit sagen: Für uns kann es keine Toleranz geben, egal welches Motiv und welche Begründung antisemitischen Straftaten zugrunde liegen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich will am heutigen Tag aber auch sagen, dass das leider kein neues Thema ist. René Rock hat bereits darauf hingewiesen. Zahlreiche Studien belegen immer wieder, dass in Deutschland ein erhebliches antisemitisches Potenzial existiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die eigentliche Frage ist – das ist in beiden Reden schon angeklungen –: Warum sind wir in den letzten Jahrzehnten bei der Bekämpfung des Antisemitismus eigentlich nicht substanziell vorangekommen? Eine Teilantwort auf diese Frage lautet aus meiner Sicht: Es gab – und gibt – zwar klare Statements, aber wirkliche Konsequenzen wurden selten gezogen. Wir brauchen aber nicht nur klare Statements, sondern wir brauchen auch Konsequenzen.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt z. B. für die Pflicht zur Dokumentation antisemitischer Vorfälle gerade an öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Behörden. Es gilt für Untersuchungen darüber, ob es sich bei den Vorfällen, z. B. bei den aktuellen Fällen an Schulen, um Einzelfälle handelt oder ob wir es mit einem systematischen, flächendeckenden Phänomen zu tun haben, das bearbeitet werden muss. Die Vertreter von Schulen und Behörden dürfen bei solchen Vorfällen nicht aus falsch verstandenen pädagogischen Gründen schweigen; sie müssen vielmehr handeln und Anzeige erstatten.

Wir brauchen eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung. Diese darf nicht nur in Sonderprogrammen erfolgen, sondern das muss regelmäßig geschehen. Wir brauchen nicht Rechtsstaatskunde für einige wenige, sondern die Stärkung der politischen und kulturellen Bildung für alle.

(Beifall bei der SPD und der FDP, bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Schließlich ist es offensichtlich, dass wir es nicht mit Ereignissen zu tun haben, die erst in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben. Bis zu dem Tag, an dem in Deutschland die besonderen Sicherheitsvorkehrungen vor jüdischen Einrichtungen abgeschafft werden können, dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

(Beifall bei der SPD und der FDP, bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Ich bin daher froh, dass jetzt in vielen Bundesländern und im Bund Antisemitismusbeauftragte berufen werden. Es ist eben angesprochen worden: Dieter Burgard wurde Ende letzten Jahres in Rheinland-Pfalz als erster Antisemitismusbeauftragter einer Landesregierung berufen. Dr. Michael Blume ist auf der Grundlage einer gemeinsamen Entschließung von GRÜNEN, CDU, SPD und FDP im Landtag von Baden-Württemberg zum Antisemitismusbeauftragten nominiert worden. Auf der Bundesebene fiel vor wenigen Tagen die Entscheidung zugunsten von Felix Klein.

Auch Hessen folgt jetzt – so die Ankündigung aus der Staatskanzlei – diesem Beispiel. Ich will unsererseits ausdrücklich sagen, dass wir diese Entscheidung der Landesregierung begrüßen und unterstützen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Mehr noch würden wir begrüßen, wenn wir die Frage der weiteren Konsequenzen gemeinsam auf den Weg bringen

würden. Dazu reichen wir nicht nur den Regierungsfractionen, sondern auch den Oppositionsfractionen die Hand. Herr Ministerpräsident, wir begrüßen übrigens auch, dass die Landesregierung am Tag der Staatsgründung Israels in der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt tagt. Noch stärker wäre es gewesen, wenn Landtag, Landesregierung und Staatsgerichtshof gemeinsam an diesem Tag aufgetreten wären.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

„Hessen tritt Antisemitismus entschieden entgegen“, so der Titel Ihrer Aktuellen Stunde. Lassen Sie mich am Ende meiner Rede mit Blick auf viele Ereignisse der letzten Wochen und Monate sagen: Hessen tritt jeder Form der Menschenfeindlichkeit entgegen, egal ob sie religiös oder ideologisch begründet ist.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schäfer-Gümbel. – Das Wort hat Frau Abg. Feldmayer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Berlin wurde ein junger Mann, ein Israeli, angegriffen, weil er eine Kippa trug. Er wurde beleidigt und tätlich angegriffen. Wir verurteilen das auf das Schärfste. Hierfür gibt es keine Entschuldigung und keine Toleranz.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist gut, dass gestern so viele Menschen in den unterschiedlichsten Städten Deutschlands demonstriert haben, mit einer schönen Geste: Sie haben eine Kippa getragen. Es ist ein starkes Signal, das von dort gesandt wurde. Das Signal lautet: Es gibt nicht die geringste Toleranz für solche Angriffe. Wir stehen nicht nur an der Seite der Juden, wir stellen uns auch vor sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir tragen in Deutschland aufgrund der schlimmsten Menschheitsverbrechen, die Deutsche begangen haben, eine besondere Verantwortung für die Juden in Deutschland. Damals, in der Zeit des Nationalsozialismus, hat die Mehrheit der Deutschen die jüdischen Freunde, die Nachbarn und die Kollegen nicht geschützt. Der Antisemitismus in der Gesellschaft hat dazu geführt, dass die Juden verfolgt und ermordet worden sind – 6 Millionen Juden. Auch deshalb ist es unsere Pflicht, allen antisemitischen Anfeindungen entschieden entgegenzutreten.

(Allgemeiner Beifall)

Wehret den Anfängen – das ist keine Floskel, das gilt immer noch. Es ist eine Daueraufgabe, der sich alle gesellschaftlichen Kräfte widmen müssen.

Der Angreifer in Berlin war, nach allem, was wir wissen, ein Zuwanderer. Da sage ich ganz klar: Wer hier leben will, muss sich den Grundlagen unseres Zusammenlebens verpflichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Dazu gehören natürlich die Absage an Antisemitismus und die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Das sind unsere Grundlagen, und die gelten für alle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ja, wir haben in Deutschland ein Antisemitismusproblem. Das hat mit 1945 nicht schlagartig aufgehört. Jüdische Einrichtungen müssen seit Jahrzehnten geschützt werden. Diesen Antisemitismus gibt es bei Rechtsextremen, bei Rechtspopulisten, in Teilen bei den LINKEN, latent und verklausuliert auch in der Mitte der Gesellschaft, aber auch bei Zuwanderern aus arabischen Staaten, das stimmt.

Wenn man sich aber die Statistik des Bundesinnenministeriums ansieht, dann sieht man, dass 90 % der antisemitischen Straftaten von Deutschen begangen werden. Unsere Aufgabe dabei ist es, klar zu benennen, wenn es zu Straftaten kommt, und diesen Hass zu bekämpfen, egal woher er kommt.

(Allgemeiner Beifall)

Was mir ganz wichtig ist: Wir dürfen uns nicht an die Tabubrüche gewöhnen, die Antisemiten begehen. Wer Menschen auf offener Straße angreift, weil sie religiöse Symbole tragen, macht sich nicht nur strafbar, sondern begibt sich außerhalb unseres gesellschaftlichen Konsenses.

Wer im Land der Täter des Holocaust versucht, die Erinnerungskultur lächerlich zu machen oder einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen, begibt sich außerhalb dieses Konsenses. Wer Hunde auf Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe hetzt, begibt sich außerhalb unseres Konsenses, wo Menschlichkeit und Demokratie gelten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Wir müssen alle zusammen dafür sorgen, dass jede einzelne Überschreitung der roten Linien benannt und gestoppt wird. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. Was bezwecken die Menschen damit, dass sie Tabubrüche begehen und diese roten Linien überschreiten? – Sie versuchen, die Linien, die wir in unserer Gesellschaft haben, zu verschieben. Meine Damen und Herren, das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Abschließend möchte ich sagen: Dieses Land ist immer noch ein Land, in dem Demokratie, Toleranz und Menschenrechte gelebt werden und in dem Antisemitismus geächtet wird. Dieses Land ist stark. Die große Mehrheit der Menschen teilt unseren Grundkonsens.

Mein Appell an Sie alle ist: Sorgen wir dafür, dass dieser Grundkonsens erhalten bleibt. Bleiben wir in dieser Frage beisammen. Sorgen wir alle zusammen dafür, dass Demokratie und Menschenrechte verteidigt werden und Angriffe wie die, die wir erlebt haben, egal von wem, geächtet werden.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Feldmayer. – Es spricht nun Kollege Schalauske, Fraktion DIE LINKE.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Judenfeindschaft und Antisemitismus haben in Europa eine schreckliche jahrhundertlange Tradition. Jüdinnen und Juden werden seit mehr als 1.500 Jahren als angebliche Verursacher aller möglichen Fehlentwicklungen ausgrenzt, verfolgt, vertrieben und ermordet.

Im 19. Jahrhundert entstand in Europa die politische Ideologie des Antisemitismus. Dieser Antisemitismus bereitete im 20. Jahrhundert den ideologischen Nährboden für den deutschen Faschismus, der den Massenmord an den europäischen Juden staatlich organisierte und industriell durchführte. Aus diesem großen Menschheitsverbrechen entspringt die besondere Verantwortung, sich konsequent dem Antisemitismus, aber auch allen faschistischen Bestrebungen entgegenzustellen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch heute, mehr als 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten, ist der Antisemitismus keineswegs überwunden. Nach dem ersten Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus von 2011 sind latent antisemitische Einstellungen und Denkmuster, die sich nicht in Straftaten äußern, in Deutschland in erheblichem Umfang bis in die Mitte der Gesellschaft verankert. So belegen verschiedene Untersuchungen seit vielen Jahren – es ist auch hier und heute gesagt worden – einen Anteil von 20 % der Bevölkerung mit latent antisemitischen Einstellungen.

Die praktischen Konsequenzen des nach wie vor virulenten Antisemitismus lassen sich bedauerlicherweise tagtäglich beobachten. So verzeichneten die Behörden für 2017 – es ist schon gesagt worden – 1.400 antisemitische Straftaten.

Jüdische Einrichtungen in Deutschland müssen auch heute noch von der Polizei geschützt werden. Jüdische Friedhöfe werden regelmäßig von Antisemiten geschändet. Zu den Erkenntnissen des ersten Expertenberichts zählte, dass das rechtsextremistische Lager in Deutschland weiterhin der wichtigste politische Träger eines manifesten Antisemitismus ist. Rund 90 % aller antisemitischen Straftaten werden von Tätern begangen, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden.

In der aktuellen Debatte bekommt man mitunter den Eindruck, oder es wird der Eindruck erweckt, Muslime und Migranten seien in der Hauptsache Verursacher von Antisemitismus. Der zweite Expertenbericht, der in diesen Tagen vorgestellt wurde, warnt ausdrücklich davor, die Bedeutung des Rechtsextremismus beim Antisemitismus zu vernachlässigen oder zu verharmlosen.

Wir als Fraktion vertreten die Auffassung, dass Antisemitismus ein Problem der gesamten Gesellschaft ist, unabhängig davon, ob es Alteingesessene oder neu Hinzugekommene sind. Es ist ein Problem der gesamten Gesellschaft, aus deren Mitte der Antisemitismus immer wieder entspringt. Deshalb bedarf es einer nachhaltigen und öffentlichen Thematisierung des Problems Antisemitismus.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt insbesondere auch in Zeiten, in denen eine im Bundestag vertretene Partei, die sich auch anschickt, in den Hessischen Landtag einzuziehen, davon spricht, die deutsche Erinnerungskultur aufzubrechen, deren Fraktionsvor-

sitzender das Holocaustmahnmal in Berlin als ein „Mahnmal der Schande“ bezeichnet, und in denen im Stuttgarter Landtag ein Vertreter einer Partei sitzt, der aufgrund seiner antisemitischen Schriften höchststrichterlich als Holocaustleugner bezeichnet werden darf. Diesen antisemitischen Tendenzen gilt es entschieden entgegenzutreten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für DIE LINKE bleibt die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und den Ideologien der heutigen extremen Rechten ein entscheidender Punkt im Kampf gegen den Antisemitismus. Projekte, die sich gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus richten, müssen dauerhaft finanziell abgesichert werden. Die historischen Erinnerungsorte an den Faschismus müssen erhalten und eine ausreichende finanzielle Ausstattung gesichert werden. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte muss gefördert werden, und natürlich gilt es, das jüdische Leben in Deutschland und in Hessen weiter zu fördern und zu verbreitern. Dazu gehört auch die Unterstützung der entsprechenden kulturellen, akademischen und gesellschaftlichen Einrichtungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich müssen antisemitische Straftaten konsequent geahndet werden.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herr Josef Schuster, hat in diesen Tagen gesagt: „Wir haben uns in Deutschland viel zu gemütlich eingerichtet. Ein bisschen Antisemitismus, ein bisschen Rassismus, ein bisschen Islamfeindlichkeit – ist doch alles nicht so schlimm? Doch, es ist schlimm.“

Da hat der Vorsitzende zweifelsohne recht. Natürlich müssen wir in Hessen Antisemitismus entschieden entgegenreten – ebenso entschieden wie allen anderen ausgrenzenden menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen auch.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Schalauske. – Das Wort hat Frau Abg. Öztürk.

Mürvet Öztürk (fraktionslos):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil ich zwei Dinge auch noch einmal betonen möchte. Ja, der Antisemitismus ist ein Problem unserer gesamten Gesellschaft, und zwar nicht erst, seitdem in Berlin die Vorfälle passiert sind. Deswegen wünsche ich mir, dass wir dieses Thema immer wieder aufgreifen und nicht nur zur Aktuellen Stunde, weil wir einen Anlass geliefert bekommen haben.

Wenn wir ernsthaft dieses Thema in unserer Gesellschaft diskutieren wollen, dann haben wir die Anlässe auch schon vor zehn oder 15 Jahren gehabt. Ich glaube, das ist auch der Grund, warum wir hier im Land Hessen einen Antidiskriminierungsbeauftragten haben – weil uns klar ist, dass in bestimmten Bereichen Handlungsbedarf besteht.

Von daher wünsche ich mir, dass wir das nicht nur als Reaktion auf die Berliner Ereignisse behandeln, die da stattgefunden haben, weil ein Migrant gekommen ist und den jungen Menschen verprügelt hat. Ich finde es auch gut, dass er sich der Polizei gestellt hat. Ich hoffe auch, dass damit der Täter vielleicht Einsicht gewinnen kann. Denn wir müssen in dieser Gesellschaft, wenn wir ernsthaft das Antisemitismusproblem lösen wollen, tagtäglich damit zu tun haben und nicht nur zur Aktuellen Stunde.

Ich möchte eine Sache noch einmal betonen: Es gibt den Antisemitismus in Deutschland nicht erst, seitdem die Migranten hierher zugezogen sind.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist richtig!)

Es ist aber auch klar, dass in vielen Migrantenfamilien und muslimischen Familien der Antisemitismus sehr stark bagatellisiert wird. Wenn wir das mit dem Namen benennen, sodass eben auch die Familien hier in die Verantwortung genommen werden müssen, wünsche ich mir definitiv viel mehr Räume in den Schulen, eine ganz andere Stärkung der Lehrerinnen und Lehrer. Ich wünsche mir auch eine ganz andere Unterstützung der Eltern, dass vor allen Dingen dann, wenn antisemitische Themen im Alltag diskutiert werden, dafür Räume in den Schulen geschaffen werden.

Wir wollen einen Antisemitismusbeauftragten einrichten. Es ist wichtig, dass das nicht nur eine symbolhafte Handlung bleibt. Als ich im Dezember 2016 in Israel war, habe ich mich sehr darüber gewundert, dass sehr viele jüdische Menschen aus Frankreich zurück nach Israel gegangen sind, weil sie das Gefühl hatten, der Antisemitismus, den sie jeden Tag erleben, wird von der Gesellschaft einfach geduldet, nicht zur Kenntnis genommen, und sie werden nicht unterstützt.

Dass junge jüdische Franzosen auswandern mussten, war für mich ein Schock. Das ist etwas, was wir hier in Deutschland auf gar keinen Fall zulassen dürfen. Es ist wichtig, dass wir den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern klarmachen, dass wir ihre Probleme, die sie tagtäglich auch schon vor 20 Jahren in Deutschland erlebt haben – auch vor zehn und 15 Jahren –, ernst nehmen.

Wenn mir deutsche Schüler sagen: „Ich bin nicht mehr verantwortlich für das, was meine Großeltern im Zweiten Weltkrieg verursacht haben, und das liegt nicht mehr in meiner Verantwortung“, dann ist das genauso eine alarmierende Aussage, die wir nicht mit einem Schulterzucken zur Seite legen dürfen, wie wenn junge Muslime sagen, die Politik Israels sei quasi Grund genug, um antisemitisch zu sein. Auch da müssen wir aufpassen. Antisemitismus darf auf keinen Fall mit politischer Kritik vermischt werden.

Wenn wir heute Probleme in der Gesellschaft diskutieren, dürfen wir es auch nicht zulassen, dass deutsche junge Menschen, die in Deutschland auf der Suche nach ihrer Identität sind, leichtfertig sagen: „Mit dem, was meine Großeltern gemacht haben, habe ich heute nichts mehr zu tun.“ – Doch, wir haben etwas damit zu tun. Die Verantwortung tragen wir zusammen. Lassen Sie uns deswegen öfter über dieses Thema reden und nicht nur in einer Aktuellen Stunde, wenn etwas in Berlin passiert ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Öztürk. – Das Wort hat der Ministerpräsident.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Hessen darf es keinen Platz geben für Antisemitismus, genauso wenig darf es Platz geben für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Ich begrüße sehr, dass der Hessische Landtag heute – wenn man einmal alles in allem zusammennimmt – doch recht übereinstimmend ein klares Bekenntnis abgeliefert hat. Das ist kein Ritual. Das ist eine Notwendigkeit, um vieles von dem, was Sie angesprochen haben, deutlich zu machen.

Um die Sache auf den Punkt zu bringen: Antisemitismus geht nicht nur die Juden an. Das ist nicht nur ein Angriff gegen die Juden. Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, und deshalb ist es ein Angriff auf uns alle.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, das geht uns alle an – nicht nur als Ritual. Frau Kollegin Öztürk, ich nehme das gerne auf. Wenn der Präsident des Zentralrats öffentlich jüdischen Mitbürgern empfiehlt, in der Öffentlichkeit keine Kippa zu tragen, dann muss uns das aufrütteln. Dann ist das ein Signal. Man kann es auch als einen Hilfeschrei sehen. Ich möchte nicht, dass die Alternative so aussieht wie in Frankreich, wo die jüdischen Gemeinden ihre jüdischen Mitgläubigen und Bürger auffordern, auszuwandern.

Insofern ist Antisemitismus kein Thema, das uns nur in Hessen oder in Deutschland beschäftigt. Das macht die Sache nicht besser. Aber es zeigt die Dramatik. Deshalb geht uns das alle an.

Es gibt eine gefährliche Formel, wenn man sagt, das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das ist es. Aber es ist auch ein bisschen die Gefahr, dass es dann sozusagen irgendwie ins Allgemeine verschoben wird. Die größte Gefahr jeder freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der größte Einfallskorridor für Antisemitismus, für Rassismus, für Fremdenfeindlichkeit ist immer zuerst die Gleichgültigkeit der Menschen.

Wir dürfen nicht gleichgültig sein. Es darf nicht sein, dass solche Dinge sozusagen gesellschaftsfähig werden. Deshalb ist es eine Sache der allgemeinen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, aber es ist ganz vorneweg eine Sache von jedem Einzelnen und insbesondere auch von denen, die wie wir öffentliche Verantwortung tragen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Land Hessen hat eine lange Tradition in der Unterstützung und in der Hilfestellung und in der Sensibilität, wenn es um diese Fragen geht. Wir werden in wenigen Wochen einen besonderen Geburtstag feiern, nämlich den Geburtstag unseres Generalstaatsanwalts Bauer. Er war derjenige, der mutig, heftig umstritten die Auschwitzprozesse durchgesetzt hat. Das war sozusagen die größte Leistung gegen das Vergessen. Es war zum ersten Mal, dass Täter und Opfer ein Gesicht bekommen haben.

Ich weiß nicht, ob wir darauf stolz sein können – wir, heute, haben daran keinen Anteil. Aber es ist ein Stück Stolz für Hessen. Herr Kollege Rock und viele andere: Zeigen

Sie mir einmal ein Land, in dem so viel geschieht wie bei uns, wenn es um die Frage der Vorbeugung, der Prävention, aber auch der Unterstützung bei der Frage jüdischen Lebens geht. Wir sollten da nicht mit kleiner Münze arbeiten. Wir waren uns hier immer einig, wenn es um solche Fragen geht, und ich möchte das gerne aufrechterhalten.

Ich füge eine persönliche Bemerkung hinzu: Sie haben von Ihrem ersten Besuch in Yad Vashem gesprochen – ich meine sogar, wir wären zusammen dort gewesen. Ich habe ganz bewusst meine erste Auslandsreise als Ministerpräsident nach Israel unternommen. Das war kein Zufall. Ich bin seit vielen Jahren in unterschiedlichster Form mit den jüdischen Gemeinden eng verbunden. Ich bin Präsident der Jerusalem Foundation, wo ich mich darum bemühe, in einem sehr schwierigen Umfeld zu helfen, zu unterstützen und trotzdem nicht einseitig zu sein.

Dazu will ich zwei Dinge sagen: Ja, wir haben eine Debatte über die Frage, ob Antisemitismus nicht auch deshalb stärker geworden ist bzw. ob wir ihn als stärker empfinden durch die Zuwanderung vieler Muslime. – Das kann doch niemand mit Verstand bezweifeln. Das sind junge Menschen, die in ihrer Heimat nichts anderes kennengelernt haben als eine in der Regel instrumentalisierte Judenfeindlichkeit, in der man alles, was einen irgendwie bedrückt, den Juden zuordnet, ob nun im Irak, in Syrien oder in vielen anderen Ländern mehr.

Herr Kollege Schalauske, Sie haben von Europa gesprochen – leider Gottes ist das Phänomen des Antisemitismus ein weltweites, das kann man nicht bestreiten. Aber ich bitte schon darum, dass wir differenzieren: Nicht jeder junge Muslim ist automatisch ein Antisemit,

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

nicht jeder junge Muslim ist automatisch jemand, der unsere Werteordnung nicht akzeptiert.

Jetzt wird der Bogen deutlich: Wenn jemand zu uns kommt und hier für sich und seine Familie eine Zukunft haben will, dann ist es unumgänglich, dass er dieses Land annimmt, sonst wird er hier nie ankommen. Dieses Land anzunehmen bedeutet eben auch, die Besonderheit und die besondere Verpflichtung unseres Landes gegenüber dem Judentum und jüdischen Menschen anzunehmen.

Natürlich kann – und je nach Blickwinkel darf oder muss – man die israelische Regierungspolitik begrüßen, begleiten oder kritisch bewerten, selbstverständlich. Es ist im Übrigen die einzige wirkliche Demokratie in dieser ganzen Region – auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Aber wir müssen schon klarmachen, dass Kritik an einer Regierungspolitik uns auszeichnet, und diese Möglichkeit muss es geben. Etwas völlig anderes ist es jedoch, wenn wir darüber sprechen, dass es zu unserer Staatsräson gehört, das Existenzrecht Israels nicht zu bezweifeln oder gar in Abrede zu stellen. Wer sich mit der Hamas oder der Hisbollah in die gleiche Reihe stellt, die die Juden immer noch ins Meer treiben wollen, der muss verstehen: Das gehört nicht zu unserer staatlichen Ordnung.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat mir gesagt, er müsse rausgehen – ich bitte um Nachsicht, dass ich jetzt auf Sie eingehe.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dann bleibe ich!)

– Okay. – Rechtsstaatsklassen. Das habe ich gelesen und gedacht: Was hat er sich wieder ausgedacht? Es wäre doch gut, wenn alle möglichst gut über die Grundlagen unseres Landes unterrichtet wären, das ist völlig unbestritten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

Das ist aber doch kein Argument, dass wir dort, wo besonderer Handlungsbedarf besteht, nichts tun. Wenn jetzt Menschen zu uns kommen – viele junge Menschen in einer sehr schwierigen Situation –, haben wir z. B. in den Erstaufnahmeeinrichtungen noch heute – das sage ich einmal bewusst – die Freude, dass 350 oder 400 Richterinnen und Richter und Staatsanwälte freiwillig ehrenamtlich den Menschen dort erklären, was unsere rechtlichen Grundlagen sind. Meine Damen und Herren, das kann man doch nicht kritisieren, dafür muss man vielmehr dankbar sein.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hessen ist übrigens das einzige Land, das so etwas macht.

Wir haben keinen Nachholbedarf. Unser beispielhaftes Netzwerk der Prävention, das oft genug von allen gelobt wurde, gehört auch zu der Frage, was wir aktiv tun können. Herr Schalauske, Sie haben von Wissenschaft und Forschung gesprochen: Wir haben eine Professur zur Holocaustforschung. Das haben wir hier einvernehmlich beschlossen. Das ist doch gut.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Natürlich ist das gut!)

– Ich will es nur sagen, weil hier gelegentlich der Eindruck entstanden ist, dass wir nur heute darüber reden. Das ist aber eine Daueraufgabe.

Weil es eine Daueraufgabe ist, haben wir uns dazu entschieden, einen Antisemitismusbeauftragten zu benennen. Das werden wir in Übereinstimmung mit den jüdischen Gemeinden im Lande machen. Wenn es jetzt ein oder zwei Länder gab, die das vor uns gemacht haben: Glückwunsch, aber das ist doch kein Grund, das jetzt nicht mehr zu machen. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass zumindest die größte Oppositionsfraktion, vielleicht auch alle, das für richtig halten.

Aber es ist eben nicht nur die Aufgabe eines Beauftragten, sondern es ist immer die Aufgabe von uns allen, und wir müssen der Gleichgültigkeit entgegenreten. Jetzt seien wir einmal ehrlich miteinander: Wenn Sie ins Netz schauen, was sich dort an Hass ergießt, ist das unerträglich. Das ist es, was ich mit dem Schleichenden meine. Wenn auf den Schulhöfen gerufen wird „Du Jude“, ist das nicht strafbar. Aber was gemeint ist, ist schon klar: Es ist die Botschaft der Ausgrenzung. Es ist die Botschaft: „Du gehörst nicht zu uns.“ Genau darum geht es. Da können wir 100 Erlasse schreiben; das bleibt ohne jede Wirkung, wenn nicht jemand da ist – hoffentlich junge Menschen, aber auch einmal diejenigen, die ein bisschen älter sind –, der nicht ein-

fach vorbeigeht, sondern zu dem Zwölfjährigen, der das gerufen hat und sich vielleicht gar nicht klar darüber ist, was das bedeutet, sagt: „Pass mal auf, was meinst du denn eigentlich? Lass uns mal darüber reden.“

Jetzt seien wir einmal ehrlich: Es genügt keine Empörungskultur, sondern es sind die vielen kleinen Schritte. Es ist die Überzeugung, dass Demokratie nicht von den Gleichgültigen lebt – Demokratie lebt von den Mutigen. Die brauchen wir, beim Bekämpfen von Antisemitismus genauso wie beim Bekämpfen von Rassismus oder von Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat die Echo-Verleihung schon angesprochen. Vielleicht noch eine Bemerkung dazu. Wir haben hier im Hause schon des Öfteren über solche Fragen wie die Freiheit der Kunst gesprochen. Sie ist ein Kernstück jeder Demokratie. Also gilt es für uns als diejenigen, die die politische Verantwortung tragen, klug und differenziert damit umzugehen. Kunst darf viel, Kunst soll auch viel dürfen. Aber es fällt mir schwer, zu begreifen, wenn ein bundesdeutsches Kulturereignis stattfindet und dort diejenigen ausgezeichnet werden, die die Auschwitz-Opfer verhöhnen – und die ganze Szene feiert Party,

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Campino nicht!)

während in Auschwitz am gleichen Tag ein leiser Trauermarsch stattfindet.

Jetzt haben sie beschlossen, die Veranstaltung aufgeben zu wollen. Für mich ist viel wichtiger: Hat da nicht irgendjemand einmal vorher nachgedacht?

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hat dort nicht irgendjemand einmal vorher kapiert, dass die Verkaufszahlen eben nicht alles rechtfertigen?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das war keine Sternstunde unseres kulturellen Lebens, aus meiner Sicht war es ein Tiefpunkt.

Wenn wir das alles zusammenpacken, gibt uns der heutige Tag Gelegenheit, ein Bekenntnis abzuliefern, aber er verpflichtet uns auch. Wir in Hessen sind stolz auf unsere freiheitliche, auf unsere liberale Tradition. Dieser Stolz, den wir auf diejenigen haben dürfen, die vor uns gearbeitet haben, verpflichtet uns, alles zu tun, damit es so bleibt.

(Vizepräsidentin Heike Habermann übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb kann die Botschaft nur sein: In Hessen ist kein Platz für Antisemitismus, kein Platz für Rassismus oder auch für Fremdenfeindlichkeit. Das heißt ganz konkret: Überall dort, wo es gegen die geht, die anders aussehen, gegen die, die anders glauben, gegen die, die irgendwie anders sind, ist jedem Versuch der Ausgrenzung mutig entgegenzutreten. Das gilt immer. Aber beim Kampf gegen den Antisemitismus gilt es aus vielerlei Gründen ganz besonders. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde unter Tagesordnungspunkt 88 besprochen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 89 auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Stadt Wetzlar hat Entscheidung des BVerfG umzusetzen – auch Äußerungen des RP Gießen höchst besorgniserregend – warum schweigt die Landesregierung?) – Drucks. 19/6320 –

Tagesordnungspunkt 96:

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Innenministerium muss Beachtung gerichtlicher Entscheidungen durchsetzen – Drucks. 19/6331 –

und Tagesordnungspunkt 97:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend klares Bekenntnis gegen Extremismus und für den Rechtsstaat – Drucks. 19/6332 –

Als Erster hat Herr Kollege Blechschmidt für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen sehr dankbar für den Abschlussatz, was in Hessen gilt. All das, was zu Antisemitismus gesagt wurde, das gilt meines Erachtens auch für den nächsten Tagesordnungspunkt; denn Rechtsstaatlichkeit ist für Deutschland insgesamt ein ganz hohes Gut.

Ich habe gestern die eine oder andere Bemerkung von mir nahestehenden Abgeordneten erhalten. Ich möchte das Thema nicht nur als Jurist, sondern auch als Demokrat hochhalten. Ich glaube schon, dass das Thema nicht nur juristisch wichtig ist und hochgehalten werden muss, sondern dass es uns alle als Demokraten, als Landtagsabgeordnete und jeden Bürger in Deutschland betrifft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch hier Radbruch zitieren. Seine Zitate sind etwas alt, aber sie treffen immer noch:

Demokratie ist gewiss ein preisenswertes Gut, Rechtsstaat ist aber wie das tägliche Brot, wie Wasser zum Trinken und wie Luft zum Atmen, und das Beste an der Demokratie gerade dieses, dass nur sie geeignet ist, den Rechtsstaat zu sichern.

Ich glaube, dass das, was er 1946 geschrieben hat, nach wie vor Bestand hat und dass wir alle, die das Grundgesetz hochhalten und das, was wir festgeschrieben haben, daran festhalten müssen.

Ja, in einem Rechtsstaat zu leben, tut auch manchmal weh; denn das kann bedeuten, dass ein Kindermörder wie Gäfen Schmerzensgeld erhält, weil ihm widerrechtlich Folter

angedroht wurde. Es kann bedeuten, dass man einer rechts-extremen Partei wie der NPD, die nur aufgrund der Tatsache, dass sie für ein Verbot zu irrelevant ist, zugelassen bleibt, ein öffentliches Gebäude für einen Wahlkampfauftritt überlassen muss.

Normalerweise läuft es dann so – das ist der Klassiker aller Jurastudenten in der Vergangenheit, der von der Rechtsprechung so betonsicher ist, dass er nicht wiederholt werden muss –: Die NPD will in die Halle, die Stadt sagt Nein, und die NPD klagt sich ein.

Im Fall von Wetzlar lief dies aus meiner Sicht, aus der Sicht meiner Fraktion leider nicht so. Ich lasse auch dahingestellt – das war der zweite freundliche Hinweis –, ob der Magistrat das insgesamt mitgetragen oder nicht mitgetragen hat, weil das, was rechtsstaatlich gilt, keine Frage der Couleur ist und dessen, was gefällt. Vielmehr ist es das, was rechtsstaatlich von allen zu beachten ist, auch vor Ort.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Hier bleibt festzustellen, dass der Magistrat sich monatelang geweigert hatte, der NPD die Stadthalle zu vermieten, obwohl er juristisch in allen Instanzen unterlegen war. Sogar über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat er sich hinweggesetzt, und das mit Rückendeckung des Regierungspräsidiums in Gießen.

Ich möchte hier den Richterbund zitieren, weil er es treffend auf den Punkt gebracht hat:

Hierzu wäre die Stadt Wetzlar, die als vollziehende Gewalt an Recht und Gesetz gebunden ist (Art. 20 Abs. 3 GG), aufgrund des Gewaltenteilungsprinzips (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG) verfassungsrechtlich verpflichtet gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Dies, so prägnant festgestellt, ist ein Zitat. Das sollte uns allen hier ins politische Buch geschrieben bleiben.

Dafür hat der Magistrat auch eine entsprechende Antwort, ich glaube sogar, eine ironische Klatsche aus Karlsruhe erhalten. Dort wurde in einer Presseerklärung geschrieben:

Offensichtlich bestanden bei der Stadt Wetzlar Fehlvorstellungen über die Bindungskraft richterlicher Entscheidungen und den noch verbleibenden Spielraum für eigenes Handeln. Um künftigen Überforderungen von Kommunen in derartigen Situationen vorzubeugen, hat der Vorsitzende des Ersten Senats, Herr ... Kirchhof, in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten angeregt, vonseiten der Kommunalaufsicht

– das muss man sich einmal vor Augen führen –

sicherzustellen, dass gerichtliche Entscheidungen künftig befolgt werden, ...

Das geht nicht. Allein das ist ein Hohn.

(Beifall bei der FDP)

Das muss man sich hier doppelt und dreifach anhören. Das kann nicht sein. Jetzt kommt es. Was erwidert der Regierungspräsident?

Wir werden die Anregungen des Bundesverfassungsgerichts aufgreifen und prüfen, wie wir diese praktisch umsetzen können.